

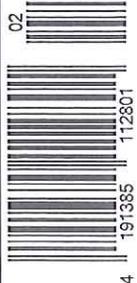
# POLITIKUM

Heft 2 | 2015

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

## DEUTSCHLAND MACHT EUROPA?

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



**Roland Sturm** Deutschland auf dem Weg zum ungeliebten Hegemon?  
**Steffen Lehndorff** Das „Modell Deutschland“ in Europa: Teil der Lösung  
oder Teil des Problems? **Pro/Contra** Deutsche Außenpolitik – der neue  
Verantwortungsdiskurs **Interviews** Jürgen Stark, Hans-Jürgen Urban



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**



Seite 24

### Interview Jürgen Stark

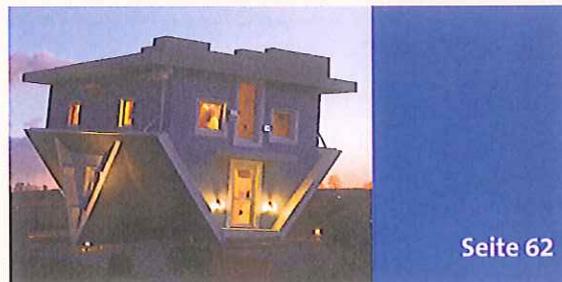
Im Zuge der europäischen Krisenprozesse hat die Europäische Zentralbank ihre Kompetenzen stark ausgedehnt. Die von ihr verfolgte Strategie ist nicht unumstritten und bringt viele Folgeprobleme mit sich.



Seite 40

### Pro & Contra Deutsche Außenpolitik – der neue Verantwortungsdiskurs

Soll Deutschland seine ‚Kultur der (militärischen) Zurückhaltung‘ zugunsten einer offensiver ausgerichteten Außenpolitik aufgeben?



Seite 62

### Schwerpunkt Die polnische Sicht auf Deutschland

Die deutsch-polnischen Beziehungen sind zwar eng, haben aber durchaus noch Verbesserungspotenzial. Die Ukraine-Krise hat beim östlichen Nachbarn neue Sorgen geweckt.

### DEUTSCHLAND MACHT EUROPA?

- Roland Sturm: Deutschland auf dem Weg zum ungeliebten Hegemon? 4
- Steffen Lehndorff: Das „Modell Deutschland“ in Europa: Teil der Lösung oder Teil des Problems? 14
- Almut Möller: Zeit für ein Ende der Nabelschau! Die „neue deutsche Frage“ und die innere Verfassung der Europäischen Union 54
- Krzysztof Malinowski: Die polnische Sicht auf Deutschland. Kooperationspotenzial trotz unterschiedlicher Interessen 62
- Henrik Uterwedde: Deutschland aus französischer Sicht. Modell, Ärgernis, Bedrohung? 68

### Interview

- Die Transformation der EZB und die Konzeptionen der europäischen Geldpolitik. Interview mit Jürgen Stark 24
- Gewerkschaftliche Handlungsoptionen in der Krise des europäischen Finanzmarkt-Kapitalismus. Interview mit Hans-Jürgen Urban 32

### Pro & Contra

- Jürgen Wagner: Militarisierte Verantwortungslosigkeit. Von der Kultur der Zurückhaltung zur Kultur der Kriegsfähigkeit 41
- Ulf von Krause: Neue Verantwortung unter Einschluss von Militär als einem Instrument der Politik. Ein Replik auf Jürgen Wagner 48

### Forum

- Gotthard Breit: Denn wir wissen nicht, was wir tun 76

### Buchbesprechungen

- Bücher zum Thema 84
- Das streitbare Buch 89
- Bücher für den Politikunterricht 90

### Literaturtipps

- Impressum 96

## INTERVIEW

mit HANS-JÜRGEN URBAN

## Gewerkschaftliche Handlungsoptionen in der Krise des europäischen Finanzmarkt-Kapitalismus



Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall.

**POLITIKUM:** Wir wollen uns über die Rolle Deutschlands und die Bedeutung der deutschen Gewerkschaften im europäischen Krisenmanagement unterhalten. Nun neigen die Gewerkschaften dazu, die Verantwortung für die ökonomische Krise und Stagnation in Europa der Geld- und vor allem der Finanzpolitik zuzuschreiben. Aber tragen die deutschen Gewerkschaften nicht auch eine gewisse Mitschuld an der Instabilität des Euroraums? Ich denke an die Lohnzurückhaltung und den darüber geförderten Aufbau von Leistungsbilanzungleichgewichten im europäischen Wirtschaftsraum.

**Urban:** Die Rolle der deutschen Gewerkschaften und auch ihr Verhältnis zum gegenwärtigen Europa ist eine sehr komplizierte Angelegenheit. Wenden wir uns zunächst dem Vorwurf der krisenverursachenden Lohnpolitik der Gewerkschaften zu. Die dahinter stehende These lautet ja: Zurückhaltende Lohnabschlüsse haben zu einer günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten in der deutschen Industrie und damit zu preislichen Wettbewerbsvorteilen geführt, die die ohnehin starke Exportdominanz der deutschen Industrie weiter befördert haben. Und dies führt zu Instabilitäten nicht nur realökonomischer, sondern auch monetärer Art. An dieser Argumentation ist einiges dran, sie darf aber nicht überzogen werden. Zunächst ist sicherlich richtig, dass zu große Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten einer Währungsgemeinschaft auf Dauer zu monetären Spannungen führen. Dennoch ist es wichtig zu fragen, wo die Ursachen dafür liegen. Die Vorstellung, dass

die unbestreitbare Wettbewerbsstärke der deutschen Exportindustrie vor allem auf preislicher Wettbewerbsfähigkeit infolge von Lohndumping beruht, lässt sich jedenfalls m. E. empirisch nicht halten. Die steigenden Exporterfolge der deutschen Industrie beruhen nicht auf fallenden Produktpreisen, sondern vor allem auf Produktivitätsvorsprüngen. Die Preiselastizität der deutschen Exportprodukte ist relativ gering. Dies hat viel mit Qualitätsstandards und dem Systemcharakter der deutschen Produkte auf den Weltmärkten zu tun, die nicht ohne weiteres zu ersetzen sind. Auch der Begriff der Dumpinglöhne macht m. E. mit Blick auf die Einkommen in der deutschen Automobil- und Maschinenbauindustrie wenig Sinn. Sie gehören zu den höchsten Löhnen in Europa. Richtig ist aber trotzdem, dass sich die Lohnstückkosten gesamtwirtschaftlich

.....

*Die Löhne in der deutschen Industrie gehören zu den höchsten in Europa*

.....

problematisch entwickelt haben. Das ist aber weniger auf die tariflich geregelten Felder der deutschen Exportwirtschaft, sondern eher auf die Bereiche der Kleinunternehmen im Handwerk, aber auch auf den privaten und den öffentlichen Dienstleistungssektor zurückzuführen. Dort sind große Lücken zu finden, die dann im Gesamtdurchschnitt die im Vergleich mit anderen Ländern sehr moderate Lohnstückkostenentwicklung hervorgerufen haben. Daran sieht man aber auch, dass wir es hier weniger mit Defiziten im Wollen, sondern eher mit Defiziten im Können zu tun haben. Die moderate Entwicklung der Löhne hat hier zum

einen damit zu tun, dass der Dienstleistungssektor nicht die Produktivitätssteigerungsraten vorweisen kann wie der industrielle Bereich. Zum anderen spielt aber die eher schwache gewerkschaftliche Verhandlungsmacht in diesen Bereichen eine entscheidende Rolle. Daraus folgt: Die Stärkung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht und erweiterte Geltungsbereiche von Tarifverträgen in Kleinunternehmen und Dienstleistungssektoren müssen Bestandteile einer problemlösenden Strategie sein.

**POLITIKUM:** Im Kontext der europäischen Krisendynamik erscheinen die deutschen Gewerkschaften als relativ stabil. Nicht selten wird darauf hingewiesen, dass die IG Metall, aber auch andere Gewerkschaften darauf hingewirkt haben, Konjunkturpakete zu verabschieden mit der Verlängerung von Kurzarbeit, Abwrackprämie und Ähnlichem. War der Einfluss der deutschen Gewerkschaften wirklich so stark in dieser ersten Phase des Krisenmanagements?

**Urban:** Zunächst ist zu konstatieren, dass Deutschland relativ gut aus der Großen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus herausgekommen ist. Zwei Fakten mögen das erläutern: Deutschland hatte mit über 5% im Krisenjahr 2008 einen Rückgang des BIP, der im europäischen Vergleich besonders stark ausfiel. Gleichzeitig war der Rückgang der Beschäftigung relativ moderat. Also ein überdurchschnittlicher Kriseneinbruch in der Wertschöpfung korrespondierte mit einem unterdurchschnittlichen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt. Beschäftigungspolitisch eine durchaus erfolgreiche Bilanz, die im Ausland bis heute vielfach als „german labour market miracle“ verklärt wird.

Woran lag das? Eine wichtige Rolle spielten wohl die Tradition und die Erfahrungen mit der korporatistischen Krisenregulierung, wie sie zur Bewältigung der seit Jahren andauernden Restrukturierungskrisen in den Industriebetrieben praktiziert wurde. Diese korporatistische Krisenregulierung besteht in einem eingespielten, institutionellen System des Aushan-

## Lohnstückkosten

Bei den Lohnstückkosten handelt es sich um die durchschnittlichen Arbeitskosten je Produktionseinheit. Die Veränderung der Lohnstückkosten ergibt sich aus der Entwicklung von Lohnniveau und Arbeitsproduktivität (Output pro Arbeitsstunde). Während Lohnsteigerungen zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten führen, sorgt die Steigerung der Arbeitsproduktivität für deren Absenkung. Zu unterscheiden ist zwischen den nominalen Lohnstückkosten, die zugleich den Druck auf das Preisniveau reflektieren, und den – inflationsbereinigten – realen Lohnstückkosten, die auf die gesellschaftliche Verteilung zwischen Kapital und Arbeit, etwa auf die Lohnquote, verweisen.

delns von Interessenlagen, das in Deutschland in der Phase der neoliberalen Offensive brüchig geworden ist und das fast schon als beendet galt. Renommiertere Soziologen wie etwa Wolfgang Streeck sprachen von der „postkorporatistischen Phase“ des deutschen Kapitalismus, und er stand damit nicht alleine. Für viele durchaus verwunderlich, hat der Korporatismus in der zugespitzten Krisensituation doch eine Renaissance erlebt. Ich habe versucht, mit dem Begriff des „Krisenkorporatismus“ die Spezifik dieses Modus der Krisenbewältigung zu fassen. Meiner Auffassung nach bestand die Grundlage darin, dass sich Unternehmen, Betriebsräte und Gewerkschaften durch den eklatanten Krisenschock und den Einbruch bei Aufträgen und Produktion gemeinsam in einer strukturellen Defensive verorteten. In dieser Situation griff man auf die erprobten Routinen der Krisenbewältigung zurück, die man in den Jahren zuvor im Zuge der Restrukturierungen eingeübt hatte und die sich als kultureller Bestandteil des deutschen Industriemodells offensichtlich erhalten konnten.

Als Spezifikum des Korporatismus kam die Bereitschaft des Staates zu politischen Intervention etwa in Form von Konjunkturimpulsen oder Kurzarbeitergeld hinzu, um die Aushandlungsprozesse auf Betriebs- und Branchenebene zu unterstützen. Aus diesem Konzept der reaktivierten Kompromissverhandlungen ist offensichtlich eine Politik hervorgegangen, die in der akuten Schockkrise die negativen Folgen einigermaßen abfangen konnte. Ergänzt wurde sie durch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die über den Weg

„Es gibt immer den Ruf nach deutscher Führung. Und wenn Deutschland dann führt, wird geklagt, dass es zu dominant sei.“

Frans Timmermans, EU-Kommissar und  
ehemaliger niederländischer Außenminister

von Arbeitszeitkonten einen Beschäftigungspuffer geboten haben.

Doch vergessen wir nicht: Der Beschäftigungseinbruch konnte abgefedert, nicht gänzlich verhindert werden. Weder bei den Stammelegschaften noch im Bereich der Leiharbeit. Und ob sich dieser Typ des Korporatismus für die vor uns liegende Zeit ebenso eignet, kann durchaus hinterfragt werden.

**POLITIKUM:** Innerhalb der Gewerkschaften gibt es natürlich unterschiedliche, zum Teil sehr spezifische Sichtweisen. Wenn ich mich recht entsinne, bestanden auch gewisse Spannungen zwischen den Industriegewerkschaften auf der einen Seite und der großen Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf der anderen Seite?

**Urban:** Es ist von großer Bedeutung, dass die Krise – ausgehend von den USA – sehr unterschiedliche Zeitphasen durchlief. Auch die Krisenbetroffenheit stellte sich in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich dar. In Deutschland schlug sich die Krise zunächst in der Exportwirtschaft und in der industriellen Produktion nieder, sodass die IG Metall und die Industriegewerkschaften die ersten waren, die von der Schockkrisensituation unmittelbar betroffen waren. In den Bereichen der privaten Dienstleistungen und des öffentlichen Dienstes war in der Anfangsphase die Krise kaum zu spüren. Aus dieser unterschiedlichen Krisenbetroffenheit ergab sich auch ein unterschiedliches Agenda Setting in der Krisenpolitik der jeweiligen Gewerkschaften. Die Dramatik und die akuten Handlungsbedarfe, mit denen die Industriegewerkschaften konfrontiert waren, und die Strategien, auf die sie gedrungen haben, waren für die Dienstleistungsgewerkschaften nicht immer nachvollziehbar. Deren Situation war entspannter, weil die Krise die Staatsfinanzen anfangs noch nicht erreicht hatte. Das änderte sich im Zeitablauf: Die Realökonomie kam relativ schnell wieder auf die Beine, die deutsche Exportwirtschaft startete relativ schnell und überraschend kräftig durch. Aber der

Staat kam in der zweiten Phase der Krise in eine ganz schwierige Situation. Weil er zuvor genötigt war, große Teile der gesellschaftlichen Wertschöpfung in die Krisenbekämpfung zu investieren und sich sprunghaft höher zu verschulden, gerieten alle Güter, zumal alle Dienstleistungen, die mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, unter einen eklatanten Spardruck. In der zweiten Phase der Krise war die Betroffenheit der Dienstleistungsgewerkschaften deutlich höher, während für die Industriegewerkschaften die Krisendramatik langsam nachließ. Ein Teil der Spannungen im Deutschen Gewerkschaftsbund zwischen dem Industriegewerkschaftlichen und dem Dienstleistungsblock, die ich allerdings auch nicht überbewerten möchte, ergab sich durch diesen asynchronen Zeitablauf in der Krisenbetroffenheit.

.....

*Unterschiedliche  
Krisenbetroffenheit –  
unterschiedliches  
Agenda-Setting*

.....

**POLITIKUM:** Was die europäische Dimension betrifft, so sind die Streikwellen der Kolleginnen und Kollegen in den südeuropäischen Ländern kaum unterstützt worden. Es hat zwar einige symbolische Solidaritätsaktionen gegeben, die aber keine richtige Resonanz, weder in den Gewerkschaften selbst noch in der deutschen Öffentlichkeit, gefunden haben. Wurden diese Fragen innerhalb der Gewerkschaften nur halbherzig, wenn überhaupt diskutiert?

**Urban:** Die Diskussion war schon sehr ernsthaft und es waren durchaus Ambitionen vorhanden. Aber auch hier würde ich die These formulieren, dass die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung ein hohes Hindernis gewesen ist, auf europäischer Ebene zu transnational koordinierten Widerstandsaktivitäten zu kommen. Denn auch in Europa waren Krisenerfahrungen und die Dimensionen der Krisenbetroffenheit sehr unterschiedlich verteilt. Wir alle wissen, dass Euro-Land, etwas grob formuliert, in einen nördlichen und einen südlichen Teil gespalten ist. Diese Spaltung bezieht sich auf die ökonomische Situation und die konjunkturellen Verläufe, aber eben auch auf die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Verteilungsverhältnissen. In Südeuropa wurden Sozialstandards und Arbeitsplätze

„Natürlich sind einige mächtiger als andere –  
so offensichtlich auch Deutschland.“

Mario Monti, ehemaliger italienischer  
Ministerpräsident

besonders aggressiv in Frage gestellt, während in den nördlichen Ländern, etwa in Deutschland, vieles durch die anspringende Konjunktur abgefangen werden konnte. Dem entsprachen eklatante Unterschied im

.....

### Die Wahrnehmung der Krise findet in den nationalen Kontexten statt

.....

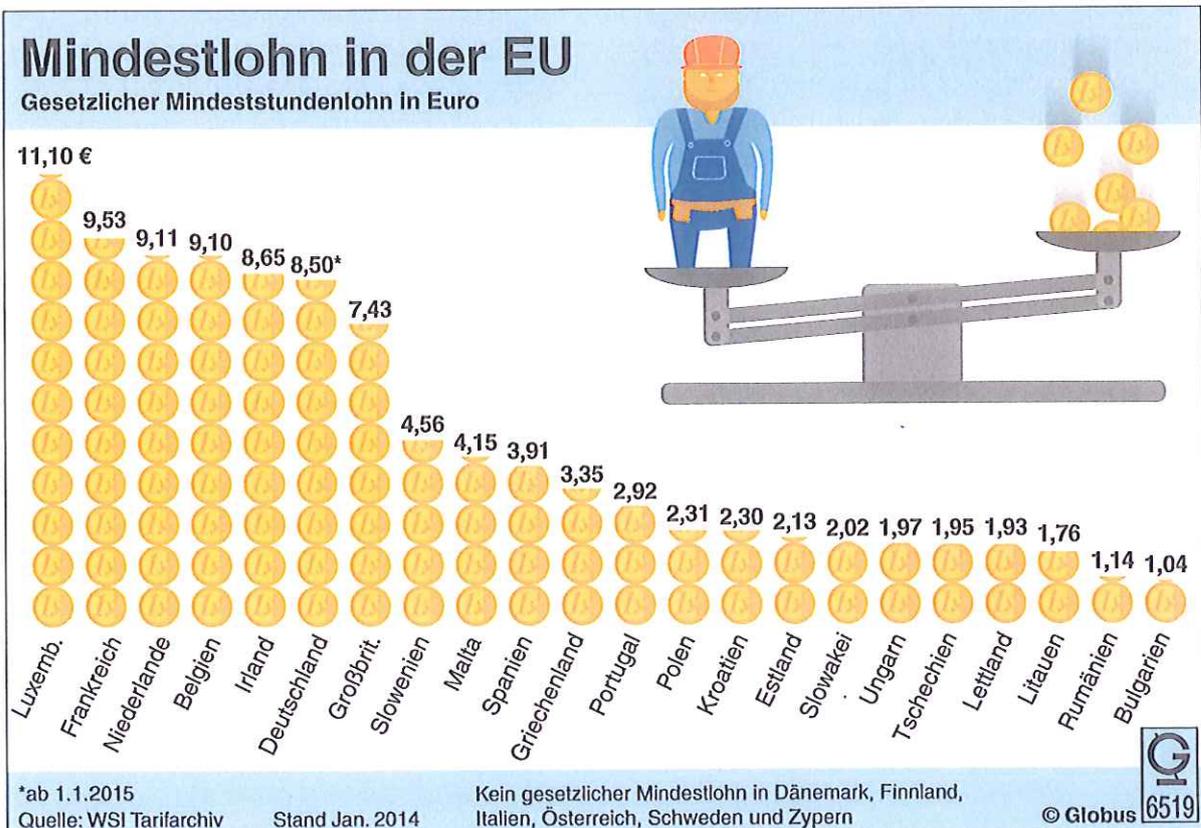
Krisenbewusstsein: In den nordeuropäischen Staaten war das Gefühl vorherrschend, durch eigene (!) gute Politik davongekommen zu sein, während sich die abhängig Beschäftigten in den südlichen Ländern eher als schuldlose Opfer einer fremdbestimmten Entwicklung empfanden. Diese Wahrnehmungsdifferenzen haben natürlich die Versuche erschwert, gemeinsame transnationale Aktivitäten zu starten und zu koordinieren.

Aber: Die Fragmentierung dieser Widerstandsbewegung war ja nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb des Südens zu beobachten. Auch dort stellt die Ungleichzeitigkeit der Ereignisse offensichtlich ein erhebliches Hindernis für gemeinsame Aktivitäten dar. Obwohl z. B. die abhängig Beschäftigten in Portugal und in Griechenland von der Krise ähnlich

dramatisch erfasst wurden, hat es auch dort keine nennenswerten Kooperationen über die Grenzen hinweg gegeben. Selbst die Koordinierung von einzelnen Streikaktivitäten ist nur in ganz spezifischen Phasen gelungen. Offenkundig finden die Wahrnehmung der Krise und die Politik der Krisenbekämpfung nach wie vor und europaweit in den nationalstaatlichen Kontexten statt. Oder, wie Claus Offe es formuliert hat: In der Krise erleben wir eine Renationalisierung der Solidaritätshorizonte. Die Akteure orientieren sich wieder stärker an den Bedingungen und den Handlungsbedarfen in ihren Gesellschaften, obwohl das Gegenteil notwendig wäre.

**POLITIKUM:** Alle fokussieren sich also auf die nationalen Handlungskontexte. Gleichzeitig wissen wir aber, dass die europäischen Rahmenbedingungen die Krise weiter verschärfen. Eigentlich müsste man über die nationalen Horizonte hinausdenken. Welche Schlussfolgerungen ziehen die Gewerkschaften aus diesem Dilemma?

**Urban:** Wir sind mit der internen Diskussion noch längst nicht am Ende und es gibt in den Gewerkschaften konkurrierende Positionen. Aus meiner Sicht haben drei Dinge Priorität:



Erstens: Die Gewerkschaften in Europa müssen sich analytisch und strategisch erst noch auf die Höhe der Zeit hinaufarbeiten. Es gibt in den Gewerkschaften, wie allerdings in anderen Teilen der Linken und der politischen Eliten auch, kein hinreichendes Wissen über die Zusammenhänge der ökonomischen, aber auch der politischen und sozialen Krisenverläufe und -ursachen. Und dass es sich um die Krise des Gegenwartskapitalismus und damit um eine Systemkrise handelt, spielt in den Debatten auch keine hinreichende Rolle – vielleicht, weil wir die Konsequenzen fürchten. Doch wer die Krise nicht begreift, kann sie auch nicht erfolgreich bekämpfen.

Zweitens: Auf der Höhe der Zeit agieren bedeutet auch, sich von einem naiven Europaoptimismus zu trennen. Die deutschen Gewerkschaften sind historisch prinzipiell proeuropäisch eingestellt und dies aus guten Gründen. Denn die Europaidee war stets mit dem Friedensversprechen, mit dem Wachstumsversprechen und mit dem Wohlstandsversprechen verknüpft. Auch gelang es den deutschen Gewerkschaften, die Wettbewerbsgewinne der deutschen Wirtschaft zumindest teilweise in Wohlfahrtsgewinne umzuwandeln in Form von höheren Löhnen und sozialen Leistungen. Das war die Basis für die grundsätzliche Unterstützung des europäischen Projektes. In anderen Ländern Europas war das mitunter anders. Etwa in Frankreich, wo die Gewerkschaften gegenüber der europäischen Integration traditionell skeptischer waren. Dieser relativ naive Europaoptimismus ist nicht mehr zeitgemäß. Europa hat sich auf einen problematischen, einen neoliberalen Entwicklungspfad begeben und die aktuelle Krisenpolitik dementiert täglich die sozialen Versprechen des Europa-Projektes.

.....  
*Wer die Krise  
 nicht begreift,  
 kann sie auch nicht  
 bekämpfen*  
 .....

Daraus folgt drittens: Auch die Gewerkschaften müssen sich europapolitisch neu orientieren und zu einem reflektierten Europarealismus übergehen. Das bedeutet nicht, das Projekt Europa, also die transnationale Integration in Gesellschaft, Politik und Kultur aufzugeben. Aber es bedeutet, den neoliberalen Entwicklungspfad deutlicher als bisher zu kritisieren und zu begreifen, dass ein grundlegender Pfadwechsel

unverzichtbar ist. Ansonsten – so fürchte ich – werden sich gerade die abhängig Beschäftigten weiter von Europa abwenden. Das ganze Projekt hat dann keine fortschrittliche Perspektive.

**POLITIKUM:** Mein Eindruck war, dass sich die europäischen Dachverbände, gerade auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), in der ersten Phase des Krisenmanagements vom lange praktizierten symbolischen Eurokorporatismus verabschiedeten und versuchten, eine kritischere Position zu beziehen. Welche Kräfte haben sie dann gebremst? Waren es die deutschen Gewerkschaften?

.....  
*Reflektierter  
 Europarealismus statt  
 naiver Europaoptimismus*  
 .....

**Urban:** Ich würde keine Bremserrolle der deutschen Gewerkschaften in den europäischen Institutionen konstatieren wollen. Aber im Verlauf der Krise hat sich auch auf europäischer Ebene Geltung verschafft, was ich für die deutsche Entwicklung beschrieben habe: unterschiedliche Strategiepräferenzen aufgrund unterschiedlicher Krisenbetroffenheiten. Neben den Unterschieden zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern waren die unterschiedlichen Interessenlagen in den Ländern, in denen die Gewerkschaften intern noch einmal fragmentiert sind, ein Problem. Die Fragmentierung im EGB, die von den nationalstaatlichen Kontexten ausging, konnte im Laufe der Krise immer schwerer überbrückt werden. Das lähmte dann den Gewerkschaftsbund.

Hinzu mag auch kommen, dass der EGB eine doch sehr stark an der sozialpartnerschaftlichen Tradition orientierte Krisenpolitik betrieben hat. Dies hat dazu geführt, dass sich mitunter die Gewerkschaften in Südeuropa in dieser Politik nicht so recht aufgehoben sahen. Sie erschien ihnen schlicht als zu brav und zu wenig konfliktorientiert. Gleichzeitig haben etwa die deutschen und die britischen Gewerkschaften diese Politik kritisiert, weil sie ihnen zu ineffizient war. Der EGB geriet von beiden Seiten her unter Druck und büßte damit Macht und Durchsetzungsfähigkeit ein.

**POLITIKUM:** Was können denn die deutschen Gewerkschaften tun, um den Kolleginnen und Kollegen in Südeuropa unterstützend unter die Arme zu greifen?

**Urban:** Ich denke, dass sich die Gewerkschaften in Europa einen Prozess des wechselseitigen Lernens organisieren müssen. Gegenwärtig können wir zwei unterschiedliche Krisenstrategien der Gewerkschaften konstatieren: Die Gewerkschaften in Deutschland und mitunter auch in den skandinavischen Ländern haben in der Krisensituation stärker darauf gesetzt, ihre Organisationsmacht zu erhalten. Die Stabilisierung der Mitgliederbasis und damit der Finanzressourcen hatte Priorität. In Deutschland erfolgte dies z. B. durch Organizing-Strategien in Segmenten prekärer Beschäftigung durch die Leiharbeitskampagne der IG Metall oder durch die Kampagne gegen Werkverträge. Dies führte dazu, dass die Mitgliederentwicklung insgesamt recht positiv verlaufen ist. Viele Gewerkschaften in den südeuropäischen Ländern haben stärker auf eine außerbetriebliche Politisierung gesetzt. Ihre Antwort auf die Krise bestand weniger in der Stärkung der Organisationsmacht und der betrieblichen Verankerung, sondern in verstärkten Protestaktionen außerhalb der Betriebe, auf den Marktplätzen und den Straßen; dies mit dem Ziel, der Sozialdemontage der neoliberalen Krisenpolitik, unter der die abhängig Beschäftigten besonders litten, Widerstand entgegenzusetzen.

Beide Strategien haben Vor- und Nachteile: Die Stärkung der Organisationsmacht hat die Gewerkschaften in ihrer Substanz stabilisiert, aber einer gewissen Entpolitisierung Vorschub geleistet, während schwindende Organisationsmacht und rückläufige Verankerung in den Betrieben offensichtlich der Preis für die Priorisierung der außerbetrieblichen Politisierung war.

Notwendig wäre ein Prozess, in dem die Schwächen und Stärken beider Strategien abgeglichen würden und Bereitschaft entwickelt wird, voneinander zu lernen. Die Gewerkschaften in Deutschland könnten vielleicht Impulse empfangen, wie sie auf der stabilisierten Organisationsmacht eine Reaktivierung des politischen Mandats auf- und den Rückstand bei der außerbetrieblichen Mobilisierung zur Unterstützung der südeuropäischen Kollegen abbauen könnten. Und die südeuropäischen Gewerkschaften könnten Impulse für eine Debatte aufnehmen, wie sie ihre Organisationsmacht stärken und in den Betrieben wieder stärker

.....

*Nur nationalstaatlich  
starke Gewerkschaften  
können eine europäische  
Gegenmacht entwickeln*

.....

Fuß fassen könnten. Aus einem solchen Prozess des wechselseitigen Organisationslernens könnten dann auch Impulse für eine gemeinsame gewerkschaftliche Gegenwehr erwartet werden. Denn ohne diese wird eine Gewerkschaftspolitik für einen Pfadwechsel in Europa keine Aussicht auf Erfolg haben.

**POLITIKUM:** Lernprozesse zu organisieren und dann im nationalen Rahmen die eigenen Strategien zu überdenken, ist eine wichtige Botschaft. Allerdings stellt sich auch die Frage: Gibt es europäische Projekte in



© dpa

IG-Metall-Warnstreik im Juli 2014 vor dem Werk Salzgitter AG in Salzgitter

Richtung einer Sozialunion, die man von Seiten der Gewerkschaften unterstützen müsste? Was würde konkret dazugehören?

**Urban:** Das europäische Modell ist ein Mehrebenensystem mit nationalstaatlicher und europäischer Ebene. Die Politiken, auch die Gewerkschaftspolitiken, müssen auf beiden Ebenen präsent sein. Meine Betonung der nationalstaatlichen Ebene will darauf hinaus, dass Gewerkschaften, die nationalstaatlich keine Durchsetzungsfähigkeit mehr haben, auch auf der europäischen Ebene keine Gegenmacht entwickeln können. Und dass Gewerkschaften nicht vergessen sollten, dass es die nationalstaatlichen Regierungen sind, die die Politik in Europa bestimmen.

.....

*Der alte Gedanke  
gemeinsamer Lohnkorridore  
muss wiederbelebt werden*

.....

Aber die Orientierung auf nationalstaatliche Arenen reicht natürlich nicht aus. Es kommt in der Tat darauf an, die Verhandlungsmacht, die in den Nationalstaaten generiert werden muss, zu europäisieren. Ich sehe insbesondere drei Bereiche, in denen das geschehen muss:

Erstens: Das Fundament gewerkschaftlicher, europaweiter Handlungsfähigkeit bilden die transnationalen, europaweit agierenden Konzerne. Gewerkschaftliche Macht kommt aus den Betrieben, aus dem Ort, an dem der Kapital-Arbeit-Gegensatz entsteht. Dort müssen die Gewerkschaften präsent sein. Das unterscheidet sie von NGOs und anderen sozialen Bewegungen. Die europäischen Betriebsräte sind Keimformen einer transnationalen Standortkoordination und haben schon heute für die Koordinierung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung eine zentrale Bedeutung. Aber das reicht natürlich nicht. Die Strukturen der gewerkschaftlichen Gegenmacht müssen breiter, umfassender und vor allem wirkungsmächtiger werden. Und zwar schnell.

Der zweite Bereich besteht in der europaweiten Koordinierung von Tarif- und Verteilungspolitiken. Um Dumpingdruck durch nationale Lohnpolitiken zu vermeiden, muss der alte Gedanke gemeinsamer Lohnkorridore neu belebt werden. Es braucht wechselseitige und vor allem praxistaugliche (!) Verpflichtungen auf eine Tarifpolitik, die nicht nur das nationalstaatlich erwirtschaftete Wertschöpfungsvolumen gerecht

„Wir sind nach der Vereinigung, nach der Überwindung der Teilung in keiner Weise scharf darauf, nun eine Art von Führungsrolle zu übernehmen.“

Richard von Weizsäcker,  
ehemaliger Bundespräsident

verteilt, sondern auch auf die ökonomische Wirkung in den Nachbarländern achtet. Es geht darum, den Niedergang der eigenen Binnenökonomie und Dumpingdruck in den Nachbarstaaten zugleich zu vermeiden. Das ist angesichts der Kräfteverhältnisse im neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus leichter gefordert als praktiziert, aber es ist unverzichtbar.

Die dritte unverzichtbare Aufgabe ist natürlich eine effizientere europaweite Koordinierung gewerkschaftlicher Widerstandsaktivitäten. Und dies über unmittelbare Krisenerfahrungen und -betroffenheiten hinweg. Dazu ist vor allem mehr Wissen von und mehr Verständnis für die Probleme des jeweilig Anderen unverzichtbar. Heute fehlt es an Transparenz und Informationen. Die Beseitigung dieser Defizite müsste darauf hinauslaufen, so etwas wie eine europäische Gegenöffentlichkeit zu befördern. Bisher leiden alle gewerkschaftlichen und politischen Versuche einer sozialen Demokratisierung in Europa auch am Fehlen einer funktionierenden Öffentlichkeit, in der über sozial verträgliche Krisenpolitiken und die Eckpunkte eines Pfadwechsels für Europa debattiert werden könnte – zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Intellektuellen, fortschrittlichen Parteien und anderen Widerstandsinitiativen.

Die Gewerkschaften könnten durch die europaweite Koordinierung und Synchronisierung von Widerstandsaktivitäten zu einer solchen europäischen Öffentlichkeit beitragen. Das wäre nicht nur sinnvoll, um den eigenen Politiken mehr Durchschlagskraft zu verleihen, sondern auch, um gewerkschaftliche Ambitionen in die politischen Arenen und die gesellschaftliche Öffentlichkeit hineinzutragen. Mit anderen Worten: Gewerkschaftliches Handeln muss die Enge der parzellierten nationalen Arenen und Öffentlichkeiten überwinden. Denn ein soziales und demokratisches Europa kann auf eine europäisierte Gewerkschaftsbewegung nicht verzichten.

**POLITIKUM:** Herr Urban, ich danke Ihnen für das Gespräch.\*

\*Das Interview führte Hans-Jürgen Bieling am 21.11.2014.